

«Dies ist Verhinderungspolitik»

Verkehrsinitiative: Verkehrsministerin Rita Kieber-Beck erachtet diese Verfassungsänderung als unnötig

Eine Woche vor der Abstimmung über die Verkehrsinitiative spricht Verkehrsministerin Rita Kieber-Beck gegenüber dem VOLKSBLATT Klartext: «Dies ist Verhinderungspolitik, die nun wirklich keinen Sinn macht.»

Martin Frommelt

VOLKSBLATT: Die Regierung gibt zur Verkehrsinitiative keine Abstimmungsempfehlung ab. Es ist doch eher ungewöhnlich, dass eine Regierung in einer wichtigen Sachfrage Ihre Meinung nicht kundtut?

Rita Kieber-Beck: Es ist meines Erachtens nicht richtig, wenn jemand behauptet, dass die Regierung ihre Meinung nicht kundtut. Es macht für mich einen grossen Unterschied, ob man die eigene Meinung erklärt oder ob man bei einer Volksinitiative den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern empfiehlt, ob sie einem Vorschlag – der nota bene aus dem Volk selber kommt – zustimmen soll oder nicht. Sollte es erwünscht sein, meine persönliche Meinung zur Initiative kennenzulernen, so scheue ich mich nicht davor.

Also dann: Wie bitte lautet Ihre persönliche Meinung?

Für mich persönlich stellt sich die Frage, ob es nötig ist, die Verfassung mit dieser neuen Formulierung des Verkehrsartikels abzuändern. Zum ei-



«Der von den Initianten vorgeschlagene Verkehrsartikel würde, einen entscheidenden Schritt in Richtung einer Verhinderungspolitik machen»: Verkehrsministerin Rita Kieber-Beck eine Woche vor der Volksabstimmung über die Verkehrsinitiative.

Eine unnötige Verfassungsänderung

nen bin ich überzeugt, dass der heutige Verfassungsartikel eine ausreichende Grundlage für eine behutsame, unserem Land angepasste Verkehrspolitik bietet. Der bestehende Verfassungsartikel lässt zum Beispiel auch die Planung und den Einsatz eines alternativen Verkehrssystems zu. Zum anderen habe ich immer wieder kundgetan, dass ich mich als verantwortliche Verkehrsministerin dem Kriterium der Nachhaltigkeit verschrieben habe. So würde ich nie eine verkehrspolitische Massnahme in Liechtenstein unterstützen, welche diesem Prinzip der Nachhaltigkeit zuwiderlaufen könnte.

Ein Schritt Richtung Verhinderungspolitik

Des Weiteren bin ich sicher, dass der von den Initianten vorgeschlagene Verkehrsartikel einen entscheidenden Schritt in Richtung einer Verhinderungspolitik machen würde. Ob das bestehende Verkehrsproblem durch Verhinderung gelöst werden kann, mag ich zu bezweifeln. Vielmehr sind innovative Ideen gefordert, welche im Sinne der Nachhaltigkeit positive Veränderungen mit sich bringen werden und die dann – bei Akzeptanz innerhalb der Bevölkerung – auch umgesetzt werden können. Mit der Annahme der Volksinitiative wird der Entscheidungs- und Entwicklungsspielraum – insbesondere künftiger Generationen – massgeblich eingeschränkt. Trotz dieser Argumentation werde ich mich aber nicht dazu hinreissen lassen, eine Wahlempfehlung abzugeben.

Tellen Sie die Auffassung, dass die

Lösung des Verkehrsproblems in Liechtenstein allenfalls durch diese Verfassungsänderung verunmöglicht oder zumindest stark behindert wird?

Ziel der Initiative ist bekanntlich, dass Menschen, Tiere und Pflanzen in ihren Lebensräumen geschützt werden. Diese Zielvorstellung deckt sich auch mit meiner persönlichen Ansicht. Das besagte Ziel ist zudem inhaltsdeckend mit dem internationalen Verkehrsprotokoll, welches alleine acht Alpenländer und auch die EU unterstützen. Liechtenstein ist ebenso ein Teil dieser völkerrechtlichen Vereinbarung. Dennoch sollte man dieses Ziel nicht einseitig in der Verfassung verankern. Unsere Umwelt wird nicht alleine durch den Verkehr negativ belastet, es gibt weitere Faktoren, die im Bereich Umwelt spielen. Diese sollte man nicht ausgrenzen, sondern vernünftig einbinden. Genau dieses Ziel erreicht aber die Initiative meines Erachtens nicht. Einem ausgefeilt formulierten Umweltartikel in der Verfassung würde ich nie etwas entgegensetzen.

Die Initianten wollen zudem mit ihrem Vorschlag verhindern, dass Liechtenstein zu einem Transitland wird. Diese Ansicht teile ich gerne, denn sie deckt sich zu 100 Prozent mit der Meinung der Regierung. Aus dem Initiativtext ergibt sich leider das Manko, dass der Begriff der Transits nicht definiert ist. In der Initiative wird vom Begriff Transitzapazität gesprochen. Dieser kann nicht vernünftig in eine Definition eingehüllt werden. So könnte – bedingt durch die Annahme des Initiativvorschlags – bei Bedarf der Eisenbahnverkehr zwischen Feld-

kirch und Buchs nicht mit einem weiteren Waggon unterstützt werden, da wir somit Transitzapazität generieren würden. Auch die Errichtung eines alternativen Verkehrssystems wäre durch die Annahme der Initiative zum Scheitern verurteilt. Dies gerade durch die mangelnde Definition des Begriffs Transitzapazität.

Dies ist Verhinderungspolitik, die nun wirklich keinen Sinn macht. Es ist von enormer Wichtigkeit, dass in unserer Wirtschaftsregion grenzüberschreitende verkehrspolitische Massnahmen realisiert werden können, welche auch unsere Bevölkerung spürbar entlastet. Unser Land muss sich den gesellschaftlichen und wirtschaft-

Dies macht nun wirklich keinen Sinn

lichen Gegebenheiten auch in Zukunft vernünftig anpassen können. Betrachtet man die Entwicklung, so wird klar, dass sowohl die Zahl der Einwohner, als auch die Anzahl an Arbeitsplätzen – im Jahr 2000 waren es ca. 27 000, während es vor 12 Jahren knapp 20 000 waren – gestiegen sind. Unser Land braucht Mechanismen, welche gesellschaftliche und wirtschaftliche Gegebenheiten berücksichtigen dürfen. Es braucht Grundlagen, welche auch Lösungen für die jeweilige Situation zulassen.

Im Wahlprogramm hat Ihre Partei ausgeführt, dass Sie zur Lösung des Ziel- und Quellverkehrs ein modernes bodensparendes Verkehrssystem anstreben und dabei eine unterirdische Verkehrsführung prüfen würden: Wird diese unterirdische Verkehrslösung bereits Bestandteil des aktuellen Gesamtverkehrskonzeptes sein?

Es ist richtig, dass unser Land behutsam mit den knappen Bodenreserven umgehen muss. Auch dieser Aspekt gehört für mich persönlich zum Begriff der Nachhaltigkeit. Es ist richtig, dass wir derzeit ressortintern abklären, wie wir ein komplementäres öffentliches Verkehrssystem in Liechtenstein etablieren können. Um eine solche inno-

jekt zustimmen, welches einer Transitlawine oder auch einem Mehr an Verkehr Tür und Tor durch Liechtenstein öffnet. Wir werden keinesfalls im Land Strassen ausbauen, um die Möglichkeit für einen stärkeren Transitverkehr zu öffnen. Die Belastbarkeit unserer Bevölkerung – gerade in den betroffe-

Unterirdische Verkehrslösung?

novative Idee weiter vorantreiben zu können, sind wir auf das besagte Gesamtverkehrskonzept angewiesen. Verkehrssysteme können nicht alleine auf dem Reissbrett entworfen werden, sie müssen sich ins Gesamtgefüge einpassen und ganzheitlich betrachtet werden. Daran arbeiten wir mit Hochdruck. Aber bitte vergessen Sie nicht: Wir können nicht innerhalb eines Jahres sämtliche Versäumnisse der Verkehrspolitik aus den vergangenen Jahren wettmachen.

Liechtenstein wird den Feldkircher Letzetunnel nicht verhindern können: Wie will Liechtenstein verhindern, dass dieser Tunnel das Tor für eine Transitlawine wird?

Auch in diesem Bereich halte ich mich an die Befindlichkeit in der Bevölkerung. Ich werde nie einem Pro-

jekt zustimmen, welches einer Transitlawine oder auch einem Mehr an Verkehr Tür und Tor durch Liechtenstein öffnet. Wir werden keinesfalls im Land Strassen ausbauen, um die Möglichkeit für einen stärkeren Transitverkehr zu öffnen. Die Belastbarkeit unserer Bevölkerung – gerade in den betroffe-

Es gibt keine Transitspange!

nen Unterländer Gemeinden – ist schon an seine Grenzen gestossen. Diese Grenze werden wir nicht weiter belasten, sondern effiziente Massnahmen setzen, um die Menschen zu schützen. So wiederhole ich mit aller Deutlichkeit: Es wird keine Transitspange durch das Unterländer Riet geben, welche Vorarlberg mit der Rheintalautobahn verbindet.

Wird die liechtensteinische Verkehrsministerin mit dem guten Beispiel voran gehen und schon bald mit einem Elektroscooter zur Arbeit fahren?

Erst muss der Landtag zu diesem Projekt seine Zustimmung erteilen. Und bitte nicht verwechseln: Die Subventionierung von Elektrofahrzeugen und -scootern ist nicht als Massnahme zur Reduktion des Verkehrs zu verstehen, sondern soll unserer Bevölkerung als Ansporn dienen, auch im Bereich Verkehr an die Umwelt zu denken. Ob ich dann mit einem Elektroscooter zur Arbeit fahre, weiss ich noch nicht genau: Vielleicht wird es ja auch ein Elektrofahrzeug sein.

Wir sagen JA zur Verkehrsinitiative

Stimmen auch Sie am 8./10. März mit JA.

Initiativkomitee „Verkehrspolitik mit Zukunft“



„Ein sinnvoller Umgang mit unserem Lebensraum und dessen Schutz ist anzustreben.“
Helmut Hasler



„Weil nur eine solide und umsichtige Planung zur Problemlösung führen kann.“
Silvia Tiefenthaler



„Eine gute Idee: der Verkehr muss nachhaltig plan- und lenkbar sein.“
Barbara Rheinberger



„Wirtschaftswachstum bedeutet auch Verantwortung zu übernehmen: Für Lebensqualität“
Marco Bühler